

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreispalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von U. Frey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Starke Gewerkschaften sind der beste Schutz gegen jede Sozialreaktion! Wirb für deinen Verband!

Arbeitsbeschaffung - das dringlichste Gebot.

Wann beginnt die Reichsregierung damit?

Als der Reichspräsident von Hindenburg nach den gescheiterten Verhandlungen mit Hitler wieder von Berlin abreiste, stellte er dem Reichskanzler als nächste dringendste Aufgabe den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die beschleunigte Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten.

Die Einsicht war sehr lobenswert. Aber die Reichsregierung muß nun auch endlich damit beginnen, und zwar in großzügiger Weise. Es verlautet, daß die Regierung schon in den nächsten Tagen mit einem vorläufigen Arbeitsbeschaffungsprogramm hervortreten werde. Sie habe die Summe von 135 Millionen Mark dafür vorgesehen, von der 60 Millionen auf den Landstraßenbau, 50 Millionen für den Bau von Wasserstraßen und der Rest für Meliorationen verwendet werden solle. Das ist zwar nicht viel, aber es wäre doch wenigstens ein Anfang. Die Reichsregierung hat die Pflicht, wegweisend und führend im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit voranzugehen. Sie hätte viel weniger Schwierigkeit auf innerpolitischem Gebiet, befähigte sie ihre Kräfte mehr in der Richtung der Arbeitsbeschaffung. Schließlich rührt ja das ganze innerpolitische Elend in Deutschland zum allergrößten Teil von den Auswirkungen der furchtbaren Krise auf dem Arbeitsmarkt her. Trotz aller Schwierigkeiten, in denen sich die Regierung befindet und an denen sie zum allergrößten Teil selber schuld ist, muß sie versuchen, den Millionen feiernder Hände wieder Arbeit zu verschaffen. Und das ist ganz besonders dringlich im Hinblick auf den kommenden Winter. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß die Arbeitslosigkeit das Problem des deutschen Staates schlechthin ist, die Lebensfrage, um die sich schließlich alle anderen Geschehnisse drehen. Das Deutsche Reich geht daran zugrunde, wenn nicht in letzter Stunde der dem Abgrund zurellende Wirtschaftskarren aufgehalten wird. Von den Subventionen an Großbanken und industrielle Großunternehmungen hat die Arbeiterschaft bisher wenig Nutzen gehabt. Nun verlangt sie von der Regierung ein entschlossenes Handeln in dieser Lebensfrage Deutschlands. Mit dem freiwilligen Arbeitsdienst, und mag er noch so stramm militärisch ausgezogen sein, ist dem Problem nicht beizukommen, ist dem Massenelend nicht zu steuern. Die Mahnungen zu Ruhe und Besonnenheit nützen nicht viel, wenn täglich Zehntausende neu zu der großen Stempelarmee stoßen und die große Masse der Arbeitslosen täglich mehr hungern muß.

Wir haben als Vertreter der organisierten Arbeiterschaft das Recht, die Regierung noch einmal dringend auf die Forderungen des außerordentlichen Kongresses der freien Gewerkschaften hin-

zuweisen, in denen durchaus gangbare Wege zur Beschaffung von Arbeit aufgezeigt werden. Der Kollege Th. Leipart führte sie der Reichsregierung wieder vor Augen:

„Es müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt — Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost. Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen. Für die Deckung der Kosten sind in erster Linie die durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen sowie die von ihnen aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu verwenden. Darüber hinaus müssen sämtliche noch austreibbaren Mittel herangezogen werden.“

Diese Mittel sind durchaus ohne Inflationsgefahren zu beschaffen (Arbeitsbeschaffungsanleihe, Kreditaktion der Banken). Aber es muß ans Werk gegangen werden. Die Nerven des arbeitslosen, hungernden Volkes sind gespannt bis zur Verzweiflung. Eine Katastrophe, aus dieser Verzweiflung der arbeitslosen Volksmassen geboren, muß den Staat mit hinabreißen. Will die Reichsregierung durch fatenloses Zuwarten die Dinge so weit treiben lassen? Bangt ihr nicht vor der riesengroßen Verantwortung, die bei diesem gefährlichen Spiel auf ihr ruht?

Auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert im Rahmen eines umfassenden wirtschaftspolitischen Programms die tatkräftige Inangriffnahme der Arbeitsbeschaffung. Die Anträge sehen, neben öffentlichen Arbeiten verschiedener Art, u. a. die Förderung von Hausreparaturen und die Beschäftigung von Arbeitslosen in stillliegenden Fabriken und Werkstätten vor. Diese Arbeiten sollen durch eine Prämienanleihe und, soweit diese nicht den vollen Erlös von 500 Millionen Mark erbringt, durch eine Zwangsanleihe finanziert werden.

Der neue Reichstag muß sich vor allem anderen diese eine, größte, dringendste Aufgabe stellen: die Regierung zu entschlossenem, positivem Handeln auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung zu treiben. Hier wird es sich erst zeigen, wo die wahren Vertreter des arbeitenden Volkes sitzen. Gewiß aber nicht bei den Untätigen und Ratlosen, aber auch nicht bei den Befürwortern der Zwangsarbeit für — andere.

Fünf Angestellten-Jubilare der Zahlstelle Hannover.

Die Zahlstelle Hannover und damit auch der gesamte Verband haben die Freude, am 1. September d. J. die Kollegen



Heinrich Beulshausen



Franz Koch



Julius Oltrogge



Karl Bauer



Hermann Schönfeld

zu ihrem 25jährigen Dienst-Jubiläum beglückwünschen zu können. Sämtliche fünf Kollegen haben schon frühzeitig den Weg zum Fabrikarbeiterverband gefunden und sind heute 30 und einige schon mehr als 30 Jahre Mitglied des Verbandes. Sie sind alle in rein proletarischen Verhältnissen aufgewachsen. Die Kollegen Bauer und Koch haben jahrelang als Arbeiter in der Gummiindustrie, Oltrogge und Beulshausen in der Schallplattenindustrie und Kollege Schönfeld als Hausdiener ihr karges Brot verdient. Um die Organisation der Zahlstelle Hannover auch in organisatorischer und finanzieller Hinsicht nach der starken Mitgliederzunahme in den Jahren 1905 bis 1907 auszubauen, wurden die fünf Kollegen am 1. September 1907 als besoldete Beitragserheber der Zahlstelle Hannover angestellt. Beulshausen ist inzwischen als Beitragserheber bei der Zahlstelle ausgeschieden und wird schon viele Jahre als Angestellter beim Hauptvorstand beschäftigt. Oltrogge hat vor einigen Jahren seine bisherige Tätigkeit als Beitragserheber mit der Übernahme der Hausverwaltung des Schulheims des Verbandes in der Wennigser Mark vertauscht. Sein strenges Regiment, das er dort führt, verbunden mit seinem gewinnenden Auftreten und seinem Talent, den Schülern der Verbandschule in jovial-farcastischer Weise auch unangenehme Wahrheiten zu sagen, hat ihm die Liebe und das freundliche Gedenken vieler Verbandskollegen und -kolleginnen verschafft. Koch wird seit der Nachkriegszeit mit im Außendienst und in der Agitation für die Zahlstelle beschäftigt, während Bauer und Schönfeld auch heute noch mit besonderem Eifer, Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl als Beitragserheber für die Zahlstelle tätig sind. Alle fünf Kollegen haben sich bisher, jeder in seinem besonderen Tätigkeitsgebiet, mit Energie und freier Pflichterfüllung bemüht, die Interessen des Verbandes und damit die Interessen der organisierten Arbeiterschaft erfolgreich wahrzunehmen. Möge es den Jubilaren vergönnt sein, noch viele Jahre ihre Kräfte und ihr Können in den Dienst der vorwärtstrebenden Arbeiterschaft und des Fabrikarbeiterverbandes zu stellen! In dieser Hoffnung bringen wir den fünf Kollegen unsere herzlichsten Glückwünsche zu ihrem Jubiläum dar.

An die Gewerkschaftsmitglieder.

Die gewaltige Wirtschaftskrise wird zu einem Generalsturm gegen die Arbeiterbewegung ausgenutzt. Mit in erster Linie richtet sich dieser Kampf gegen die Konsumgenossenschaften.

Die Konsumgenossenschaften haben ein Recht auf den Schutz durch die Arbeiterschaft.

Sie stellen ein Stück sozialer Gemeinschaft dar. Der Schutz der Konsumgenossenschaften ist um so notwendiger, als die Konsumgenossenschaften ihren Mitgliedern nicht nur gute, vollgewichtige Waren zu gerechten Preisen liefern, sondern ihren Arbeitnehmern und Mitgliedern auch vorbildliche und bahnbrechende soziale Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Selbstverständlich hat die fürchterliche Arbeitslosigkeit auf die Umsätze der Konsumgenossenschaften ähnliche nachteilige Wirkungen ausgeübt wie auf die Umsätze des privaten Einzelhandels und der Warenhäuser. So wie unter diesen Umständen die privatwirtschaftlichen Unternehmungen ihre Umsatzzminderung durch eine erhöhte Propaganda auszugleichen versuchen, muß auch die Werbetätigkeit für die Konsumgenossenschaften stark gesteigert werden.

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände, die mit den Konsumgenossenschaften freundschaftlich verbunden sind, fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, ihre Hauswirtschaften der organisierten Bedarfsdeckungswirtschaft einzugliedern und ihren Bedarf an Lebensmitteln, Haushaltsgegenständen und Bekleidung in den Verteilungsstellen und Warenhäusern der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu decken.

Jeder Gewerkschafter sollte Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein.

Der Eintritt in die Konsumgenossenschaften ist nicht mit Kosten verbunden. Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt in allen Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften.

Berlin, den 16. August 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Gegen die faschistische Diktatur!

Die organisierte Arbeiterschaft auf der Wacht gegen politische und soziale Reaktion.

Noch immer herrscht keine Klarheit darüber, wie die Regierungsgewalt in der deutschen Republik verteilt werden soll. Die Verhandlungen mit der „aufstrebenden nationalsozialistischen Bewegung“ über ihre Beteiligung an der Reichsregierung sind gescheitert, weil die Nationalsozialisten keine „Beteiligung“ wünschten. Hitler hat vielmehr vom Reichspräsidenten die ganze, ungeteilte Macht gefordert, eine Macht, wie sie Mussolini in Italien ausübt. Er wollte also nicht mehr und nicht weniger als eine glatte Diktatur des Faschismus, in die ihm niemand — außer seinen Auftraggebern und finanzkräftigen Hintermännern natürlich — hineinreden durfte. Das hat ihm Hindenburg rundweg abgeschlagen, und nach den Mitteilungen über diese historische bedeutsame Unterredung hat der Reichspräsident den Führer der Nationalsozialisten außerdem noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsleitung gerüstet sei, einem etwa beabsichtigten faschistischen Putsch mit allen Machtmitteln entgegenzutreten. Es war also eine nette, runde Pleite für die Nationalsozialisten und ihren Führer. Sie haben wieder einmal, wie die ausländischen Zeitungen schreiben, „einen wichtigen Augenblick verpaßt, und der große Moment hat ein kleines faschistisches Geschlecht gefunden.“

Was nun die weitere Entwicklung bringen wird, ist schwer im voraus zu sagen. Wahrscheinlich wird die Regierung v. Papen nun doch das tun müssen, was sie durch die Neuwahlen verhindern wollte, nämlich vor den Reichstag treten und sich — ein allseitiges Mißtrauensvotum holen, falls die Parteien zu dem stehen, was sie der Regierung schon in aller Freundschaft angekündigt haben. Denn nachdem den Nationalsozialisten die Übernahme der gesamten Staatsmacht verweigert wurde, haben sie der Regierung nun ebenfalls den schärfsten Kampf angefangen, wie es Zentrum und Sozialdemokratie schon vorher getan haben. Welchen Weg die Regierung dann einschlagen wird, kann jetzt noch niemand sagen. Aber gerade deshalb ist schärfste Wachsamkeit der Arbeiterschaft vonnöten, Wachsamkeit sowohl den Plänen Papen-Schleichers, wie auch den — weiß man's denn? — eventuellen Putschplänen Hitlers gegenüber.

Die Regierung v. Papen hat schmählich Schiffbruch erlitten mit ihren Versuchen, die Nationalsozialisten in ihre Front einzugliedern. Niemand wird sich angesichts der ergebnislosen wochen- und tagelangen Verhandlungen dem Eindruck entziehen können, daß hier ein großer Aufwand schmählich verfaßt ward. Dazu mußte das deutsche Volk in

die Siebehöhe eines unerhörten Wahlkampfes gestürzt werden. Aber es war vorzuziehen, daß die Nationalsozialisten nicht vor dem Reichskanzlerposten halten, sondern ihre Forderungen bis ins Maßlose steigern würden. Sie werden sich nun entscheiden müssen, ob sie nicht doch ein gutes Stück von ihren Wünschen nachlassen, oder ob sie vorläufig weiter gehen und schüren, weiter kritisieren und schimpfen wollen. Die letzte Möglichkeit liegt ihnen unzweifelhaft besser, und weil sich bei einer sachlichen, ruhigen Mitarbeit in der Reichsregierung sehr bald ihre ganze politische und wirtschaftliche Unfähigkeit erwiesen hätte, so werden sie wahrscheinlich weiter klaffen und belfern gegen das System, das nach ihren Aussagen schon am 20. Juli gestürzt war. Eine gewalttätige Machtergreifung wäre aber für die Nazis ein derart gefährliches Experiment, daß Hitler sich wohl dreimal überlegen wird, ehe er seinen berühmten Münchener Ausspruch wiederholt: „Der morgige Tag sieht uns entweder als Sieger, oder wir sind tot.“

Einen solchen Putsch würde sich die deutsche organisierte Arbeiterschaft mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenstellen. Und diese Mittel sind nicht gering einzuschätzen. Wie die Dinge sich aber auch entwickeln mögen, ob v. Papen im Amte bleibt oder durch irgendwelche Kompromisse seine Regierung erweitert, oder ob Hitler mit Gewaltaktionen droht, nie war schärfste Wachsamkeit so dringendes Gebot für die organisierte Arbeiterschaft wie jetzt. Für die freien Gewerkschaften steht nicht weniger als alles auf dem Spiel. Die Papenregierung trägt sich mit neuen sozialreaktionären Plänen, die die Lebenshaltung der Arbeiterschaft noch weiter herabdrücken müssen, sie will die politischen Freiheiten der arbeitenden Bevölkerung noch mehr beschneiden, wie die Nicht-Verfassungs-Rede des Reichsinnenministers v. Gajl zeigt. Dieser Regierung gegenüber ist Mißtrauen eine besonders notwendige demokratische Tugend. Daneben aber muß der Kampf gegen den unverhüllten Faschismus Hitlers weitergehen, weil dieser nach wie vor der Todfeind der Arbeiterschaft ist. Die Gewerkschaften, immer in vorderster Linie kämpfend, werden auch diesmal die Kerntropfen stellen müssen. Sie zu stärken und für sie zu werben, ist erste, heiligste Pflicht jedes Arbeiters, jeder Arbeiterin, jedes Republikaners, der Deutschland nicht ins Chaos versinken lassen will.

Die Einführung einer Margarinesteuer würde nur unfer Vermutung bestärken, daß die Erhöhung der Butterzölle, die für die Exportindustrie bereits außerordentlich schädliche Auswirkungen zeitigt, der Landwirtschaft nichts genügt hat. Die Margarinesteuer würde einen weiteren kräftigen Industriezweig bedrohen, ohne der Landwirtschaft Entlastung zu bringen. Die Gewerkschaften haben häufig genug betont, daß sie für die Notstände in der Landwirtschaft Verständnis haben und geeignete Hilfsmassnahmen begrüßen. Aber diese Massnahmen dürfen nicht die Interessen anderer Bevölkerungsschichten, insbesondere der unbemittelten Volkskreise, gröblich verletzen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Die reaktionären Pläne zur Verfassungsänderung.

Die Reichsregierung hat es doch über sich gebracht, der Weimarer Verfassung in einer Feier zu gedenken. Allerdings war dies eine Feier eigener Art und bei der Zusammenkunft der Reichsregierung und der hinter ihr stehenden Kräfte durchaus erklärlich. Der Reichsinnenminister Freiherr von Gajl, der sich bei seinem Antritt als Monarchist betonte, hielt die Festrede. Wenn ein Monarchist zur Weibstunde einer republikanischen Verfassung das Wort nimmt, dann kann man sich ungefähr denken, was dabei herauskommt. Der Herr Minister versicherte dann auch, daß die jetzige Reichsregierung nicht die Absicht habe, den Verfassungstag zu einem Festtag des Volkes zu machen. Trotzdem bleibe die Geburtsstunde der Weimarer Verfassung ein geschichtlicher Denkmahl. Die derzeitige Reichsverfassung sei aber trotz ihrer Mängel der einzige Grund, auf dem alle, unbeschadet ihrer Weltanschauung und politischen Meinung, stehen müssen. Dann gab der Reichsminister des Innern die beabsichtigten Verfassungsänderungen bekannt. Diese sollen umfassen:

Änderung des Wahlrechts, Aufhebung der Listenwahl und Einführung der Einzelwahlkreise, Heraushebung des Wahlalters, Einschränkung der Möglichkeit der Wahl kleiner Parteien, Einführung der Wahlpflicht und Errichtung einer ersten Kammer.

Das sind die Pläne, die von den reaktionären Strömungen des heutigen Deutschlands zu verwirklichen gesucht werden. Kommen diese Reformen zur Durchführung, dann hat die deutsche Verfassung das Recht verliert, als freieste Verfassung der Welt zu gelten. Der freie Willensausdruck des deutschen Volkes kann dann erst gefiltert in der politischen Machttausübung zum Ausdruck kommen. Die deutsche Demokratie hätte bei Durchführung dieser Absichten erneut eine Schlacht verloren. Dem freigewählten Reichsparlament würden durch die erste Kammer soviel Hemmnisse in den Weg gelegt, daß von einer Selbstbestimmung des Volkes nur noch bedingt gesprochen werden kann. Unter den Hammerschlägen der Reaktion soll Stück für Stück demokratischer Freiheit zertrümmert werden. Aber die Arbeiterklasse Deutschlands wird die Kraft aufbringen, diesem Vernichtungswerk rasch und energisch Einhalt zu gebieten.

Die Sozialdemokratie zeigt den Weg aus der Krise.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird dem neuen Reichstag eine Reihe von Gesetzesentwürfen vorlegen, die für die Besserung der Wirtschaftslage von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die Kerngedanken dieser höchst aktuellen Forderungen sind folgende:

1. Aufhebung der Notverordnungen, um den rückwärtsgehenden Sozialabbau und die einseitigen Massenentlohnungen wieder rückgängig zu machen. Damit sollen die Unterstützungen der Arbeitslosen, die Sozialrenten und die Versorgung der Kriegsoptioner wieder auf den früheren Stand gebracht werden. Verlangt wird weiter die Aufhebung der Arbeitslosenabgabe, der Salzsteuer und die Wiedereinführung der Freigrenze bei der Umsatzsteuer für die kleinen Gewerbetreibenden.
 2. Ein vollständiger Umbau der Wirtschaft hat sich als notwendig erwiesen. Hierzu fordert die Sozialdemokratie Sozialisierung der Schlüsselindustrien, wie des Bergbaues, der Eisenindustrie, der Großchemie usw., sowie die Verstaatlichung der Großbanken. Ein besonderer Gesetzesentwurf verlangt die Enteignung des Großgrundbesitzes, um den nutzlosen Subventionen an verschuldete Großagrarier ein Ende zu bereiten, die Gesundung der Landwirtschaft anzubahnen, und das freierwerbende Land für Siedlungszwecke an Landarbeiter und Kleinbauern zu verteilen.
 3. Für die Zeit des Übergangs soll die Überwindung der Wirtschaftskrise und die Verminderung der Arbeitslosigkeit durch planmäßige Arbeitsbeschaffung und gezielte Verkürzung der Arbeitszeit erleichtert werden. Die Arbeitsbeschaffung soll umfangreiche öffentliche Arbeiten, die Förderung der Hausreparaturen und die Beschäftigung von Arbeitslosen in stillgelegten Fabriken und Werkstätten erfassen.
 4. Die Finanzierung dieser dringend notwendigen Pläne soll folgendermaßen durchgeführt werden: Erhebung von Notsteuern von den hohen Einkommen und Vermögen, Besteuerung des Luxusverbrauchs, Schaffung eines Staatsmonopols für die Zigaretten- und Rauchtobakindustrie, eines staatlichen Erdölmonopols, Offenlegung der Steuerlisten, Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen und Streichung der Fürstenabfindungen.
- Die Gesetzesentwürfe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden von der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land als ein Weg aus dem Dunkel begrüßt. Alle Parteien, die sich im Wahlkampf als äußerst radikal gebärden haben, werden zeigen müssen, ob sie bereit sind, diesen Vorschlägen zuzustimmen. Die Nationalsozialisten werden sich in einer Zwickmühle befinden. Hier ist ihnen Gelegenheit gegeben, ihrer immer betonten „antikapitalistischen Einstellung“ sichtbaren Ausdruck zu geben.

Arbeitsdienstpflicht oder freiwilliger Arbeitsdienst?

Was plant die Reichsregierung?

Der Reichsregierung scheint der freiwillige Arbeitsdienst eines der wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu sein. Wir haben schon an anderer Stelle unseres Blattes darauf hingewiesen, daß das auf keinen Fall sein kann, daß auch der strengste Drill und die kleidlichste Uniform, um nach berühmtem Muster (Oberst Hierl) zu reden, im freiwilligen Arbeitsdienst noch nicht zu einer merklichen Verminderung der Arbeitslosigkeit führen müssen. Aber die Regierung der nationalen Konzentration (was konzentriert sich um die Reichsregierung nach dem Abfall des verärgerten Mächtegegners Mussolini?) spielt mit weitergehenden Gedanken. Der freiwillige Arbeitsdienst soll, wenn man den Mitteilungen der sonst über die Absichten der Regierung und die Wünsche der Schwerindustrie immer gut unterrichteten „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ glauben darf, nun doch zu einer Arbeitsdienstpflicht ausgebaut werden. Wenigstens soll für Jugendliche in einem bestimmten Alter die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung (gleich welcher Art) davon abhängig gemacht werden, daß diese Jugendlichen sich nicht der Arbeitsdienstpflicht entziehen. Also doch ein sanfter Zwang.

Noch vor einigen Wochen stellten maßgebende Persönlichkeiten des Reichsarbeitsministeriums ebenso entschieden in Abrede, daß ein Zwang, wie er hier angedeutet wurde, beabsichtigt sei. Also, nichts Gewisses weiß man nicht! Daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aber um die erwähnten Absichten der Reichsregierung weiß, scheint doch ein Zeichen dafür zu sein, daß der Gedanke des streng militärisch angelegenen Zwangsarbeitsdienstes den konservativen Männern im Kabinett gar nicht so unpopulär ist. So unwahrscheinlich ist es nicht, daß diese Pläne erwogen werden, sie passen ganz in die Linie der bisherigen Tätigkeit der Regierung.

Zustiz von rechts - gegen links.

Die Befürchtung, daß die von der Reichsregierung in der Verordnung vom 9. August 1932 eingesetzten Sondergerichte mehr rechts als Recht sprechen würden, scheint sich zu bewahrheiten. Wenigstens zeigen die bisher vorliegenden Urteile der Sondergerichte eine überaus scharfe Tendenz gegen Anhänger der „linksparteien“, während den „Notwehrkräften der aufstrebenden und aufbauwilligen nationalsozialistischen“ (lies SA-Leuten) weitgehendes Verständnis entgegengebracht wird. Dafür einige Beispiele:

Ein Königsberger Schnellgericht verurteilte mehrere Kommunisten, die wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt waren. Sie sollen am 22. Juli einen Trupp Nationalsozialisten, der in einem Arbeiterwohngebiet Flugblätter verteilte, überfallen haben. Bezeichnend für die Art des Gerichtsverfahrens ist, daß nur nationalsozialistische Beschuldigte geladen waren, Entlassungsjungen aber nicht vor Gericht kamen. Von den elf Angeklagten wurde einer freigesprochen, die übrigen wurden zu 27 Monaten Zuchthaus und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Sondergericht in Breslau verurteilte wegen Landfriedensbruchs einen Landarbeiter zu 3 Jahren 1 Monat Gefängnis und zwei Landarbeiter zu 1 Jahr bzw. 6 Monaten Gefängnis. Sie sollen an Überfällen auf Nazis beteiligt gewesen sein.

Das Schnellgericht in Rostock verurteilte einen Reichsbannermann wegen schwerer Körperverletzung zu 16 Monaten Gefängnis und einen weiteren Reichsbannermann zu 9 Monaten. Die Angeklagten hatten am 7. August einen der Nationalsozialistischen

Partei angehörigen landwirtschaftlichen Arbeiter überfallen und schwer verletzt.

Vor dem Sondergericht in Brieg stehen 43 Reichsbannerarbeiter unter der Anklage des schweren Landfriedensbruchs, weil sie sich gegen die Angriffe der bewaffneten SA-Leute gewehrt hatten. Die Blutschuld der SA lag schon bei Beginn des Prozesses klar zutage.

Die Mörder unseres Kollegen Fritz Müller (Hasselfelde) laufen frei herum; dagegen wurden 29 Reichsbannerkameraden von dem Schnellrichter in Hasselfelde zu insgesamt 115 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie an den Zusammenrottungen anlässlich der Überfälle auf die republikanische Bevölkerung Hasselfeldes (im Braunschweigischen) durch SA-Leute beteiligt waren. Der sozialdemokratische Redakteur Salge, der die Trauerrede am Grabe des Kollegen Müller hielt, bekam 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, weil seine Rede eine „Aufreizung“ sei.

Die ungeheure Macht, die Macht über Leben und Tod, die den Berufsrichtern in den Sondergerichten (Leitrichter sind nicht zugelassen!) gegeben ward, kann zu einer fürchtbaren Waffe gegen die Arbeiterschaft werden. Aber was soll man von ihnen erwarten, wenn im nationalsozialistischen „Angriff“ ein Oberstaatsanwalt Freiherr v. Steinacker ganz öffentlich darüber klagt, daß

„auch die Gerichte und ihre Beamten die radikalen Parteien von rechts und links in derselben Weise zu betrachten und zu behandeln geneigt sind“, und weiter fordert, daß

„das Licht der nationalsozialistischen Bewegung bald in allen Amtsstuben und Gerichtssälen leuchten möge“, denn die Kommunisten seien eine Nordbrennerpartei und die Nationalsozialisten verfolgen hehre vaterländische Ziele.

Es soll also Recht im Namen Hitlers und im Zeichen des Hakenkreuzes gesprochen werden, das ist das Ideal der nationalsozialistischen gestimmten Richter. Im Dritten Reich wird also der republikanisch denkende Arbeiter immer „schuldig“ sein.

Gegen eine Besteuerung der Margarine.

Die Vorstände des ADGB und des Afa-Bundes haben am 10. August an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ein Schreiben gerichtet, in dem sie auf die sozial und wirtschaftlich gleich bedenklichen Folgen der geplanten Margarinesteuer hinweisen. Das Schreiben lautet:

Unter den Massnahmen, die zur weiteren Stützung der deutschen Landwirtschaft erwogen werden, erscheint uns die Absicht einer Besteuerung der Margarine besonders bedenklich.

Da die Margarine nur wegen ihrer Billigkeit und daher zwangsweise gerade von den unbemittelten Volkskreisen gekauft wird, würde eine Margarinesteuer eine Sonderbesteuerung für diejenigen darstellen, die bereits aus bitterer Armut zu Ertragslöhnen greifen müssen. In einer Zeit aber, in der weniger als die Hälfte der Arbeiter und Angestellten noch volle Beschäftigung findet, in der die Einkommen ständig sinken, müßte eine derart unsoziale Massnahme eine gefährliche Verzweiflungs- und Empörungstimmung hervorrufen.

Auf der anderen Seite würde diese Sondersteuer der Landwirtschaft keine Hilfe bringen. Denn die Kaufkraft der Bevölkerung ist keineswegs ausreichend, um von der Margarine, auch wenn sie verteuert wird, zu der immer noch viel teureren Butter übergehen zu können. Im Gegenteil: der Zwang, höhere Einkommensbeiträge in Margarine anzulegen, würde nur zur Folge haben, daß die Ausgaben für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse — Obst, Gemüse, Butter und Fleisch an Festtagen usw. — zum Schaden der Landwirtschaft noch weiter zurückgehen müßten.

Chemische Industrie

Explosionsunglück in der „Deurag“ in Misburg.

Im Betriebe der Deutschen Erdölraffinerie „Deurag“ in Misburg bei Hannover, die ein Unternehmen der zur „Dreufag“ gehörenden Gewerkschaft „Elwerath“ ist, an der auch die Rheinania-Oflag, Hamburg, und die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft, Hamburg, beteiligt sind, ereignete sich am Morgen des 4. August in dem Gaskompressorraum eine schwere Explosion, bei der 10 Arbeiter infolge Verbrennung verunglückten. Auch der ausschließliche Betriebsleiter, ein Ingenieur, erlitt bei der Explosion erhebliche Verbrennungen, die ihn voraussichtlich für längere Zeit arbeitsunfähig machen. Von den verunglückten Arbeitern sind drei Tote, ein Arbeiter, der bei der Explosion erlittenen schweren Verbrennungen gestorben. Drei der verunglückten Arbeiter sind inzwischen wieder arbeitsfähig geworden, während noch zwei andere Arbeiter inzwischen ebenfalls aus dem Krankenhaus entlassen werden konnten und vier Arbeiter sich zur Zeit noch im Krankenhaus befinden.

Das Unglück ist dadurch entstanden, daß beim Entfernen eines Zylinderventils von dem Gaskompressor einem Arbeiter beim Lösen der Schrauben der Schraubenschlüssel abglitt und aufschlug, wodurch ein Funke entfiel und dieser die Benzingase, die infolge der Lockerung des Zylinderventils ausströmten, zur Entzündung brachte. In dem Augenblick, als eine kleine Stichflamme hochschlug, forderte der Ingenieur die Arbeiter auf, sofort den Raum zu verlassen. Natürlich versuchten die Arbeiter dieser Aufforderung auch schnell nachzukommen. Doch als die Arbeiter an dem Gaskompressor vorbei nach der Ausgangstür rannten, erfolgte schon die Explosion und damit das Unglück. Besonders wurde der inzwischen geforderte Arbeiter Welker am Oberkörper stark verbrannt. Das wurde wohl dadurch begünstigt, daß dieser Arbeiter von dem ersten Druck der Explosionsflamme getroffen und sein Oberkörper nur mit einem Hemd aber nicht mit einer Arbeitsjacke bekleidet war.

Der Kompressorraum, neben dem sich — durch eine massive Wand getrennt — ein Pumpenraum befindet, hat nur einen Ausgang ins Freie. Darauf ist es zurückzuführen, daß alle Arbeiter gleichzeitig nach diesem einen Ausgang drängten und deshalb fast gleichmäßig stark durch die Explosion verunglückten. Als der Kompressor- und der nebenan befindliche Pumpenraum durch die vorhin erwähnte Wand noch nicht voneinander getrennt waren, hatte der Arbeitsraum insgesamt drei Ausgänge. Aus Sicherheitsgründen soll angeblich auf Veranlassung der Gewerbeaufsichtsbehörde eine räumliche Trennung zwischen dem Kompressor- und dem Pumpenraum herbeigeführt worden sein. Vielleicht wäre es doch richtiger gewesen, diese räumliche Trennung der beiden Betriebsanlagen nicht vorzunehmen. Zur Bekämpfung von Explosions- und Feuergefahr sind in dem Kompressorraum außerdem auch noch drei Dampfschläuche und ein Feuerlöschapparat vorhanden. Wären diese Vorrichtungen rechtzeitig benutzt und beispielsweise beim ersten Ausströmen der leicht entzündlichen Benzingase diese mit Wasserdampf gefüllt worden, dann wäre das Unglück wahrscheinlich nicht entstanden. Da jedoch eine größere Anzahl der bei der „Deurag“ beschäftigten Arbeiter immer noch nicht gewerkschaftlich organisiert ist, fehlt es diesen naturgemäß an selbstbewußtem Auftreten gegenüber dem Aufsichtspersonal und, wenn es ihre eigene Sicherheit erfordert, an selbständigem Handeln. Im Interesse der Arbeiter wäre zu wünschen, daß diese aus dem Explosionsunglück in Zukunft ihre Lehren ziehen würden.

Vor 20 Jahren.

Heute, wo die bankrotten Wirtschaftsführer zur Aufrechterhaltung ihrer Vormachtstellung der Hitlerbewegung ungezählte Millionen in den Rücken werfen, ist es ratsam, aus altem Material die Verbundenheit weit auseinanderliegender Zeiten herauszuschälen. Die „Sozialdemokratische Partei“ und die „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ waren den Ausbeutern immer unbequem. Zur Verächtlichmachung, Bekämpfung und Unterdrückung der Arbeiterorganisationen war den Unternehmern kein Mittel zu schlecht. Wenn alle sonstigen Mittel versagten, griff man zur Korruption. Man sammelte gekaufte Kreaturen in den gelben Werkvereinen und unterhielt Streikbrecherbüros, wo moralisch und sittlich minderwertige Personen den Auswurf der Menschheit auf die Gewerkschaften heften, wie man heute die uniformierten Sorden der Hitlerbewegung auf sie losläßt.

Im Jahre 1912 befaßten sich die Wirtschaftskapitäne der chemischen Industrie auf der Tagung des „Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“ unter anderem auch mit der Werkereinsbewegung. Bericht erstatter war Kommerzienrat Dr. Goldschmidt (Essen). Als Diskussionsredner traten Prof. Dr. Krämer und Prof. Müller auf. Müller war Direktor der Badischen Anilin- und Soda-fabrik in Ludwigshafen am Rhein.

Anilin

Roman von Fritz Molinar

34. Fortsetzung.

Wenn einmal all der Zorn, die Wut, der Trost, die Verzweiflung und was sonst sich in den armen geprägten Arbeiterhirnen ansammelt, in Gärung gerät, überhäuft, dann stemmt sich der Anarchie von oben die Anarchie von unten entgegen, und die letzten Dinge unter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung werden schlimmer sein als die ersten.

Ein findiger Kopf hatte schnell ausgerechnet: Wenn zehn Direktoren jährlich dreihunderttausend Mark kriegen, macht's zusammen drei Millionen Mark. Zweitausend Arbeiter verdienen, die Stunde zu neunzig Pfennig gerechnet, vier Millionen dreihundertzwanzigtausend Mark je Jahr. Bekämen die Direktoren nur die Hälfte, was übergenug wäre, könnten tausend Mann weiterbeschäftigt werden. Es brauchten dann keine fünfshundert Proleten entlassen zu werden.

Diese Rechnung löste erst recht Zorn und Wut aus. Fäuste ballten sich, Drohungen zischten durch die zusammengepressten Zähne. Viele schüttelten die Köpfe. Zehn Direktoren erhalten mehr, als tausend Arbeiter verdienen. Das begriffen sie nicht. Das war die Ungerechtigkeit in Reinkultur.

In den folgenden Wochen machte die Werkleistung geradezu krampfartige Versuche, um die sachlichen und persönlichen Unkosten zu senken. Unter den einzelnen Firmen der Alfa mußte der Kampf um die Profitquote einfach groteske Formen angenommen haben. Das Werk, das am billigsten produzierte, Maschine und Mensch am modernsten ausbeutete, ergatterte die größte Produktionsquote. Schon seit längerer Zeit wurde keine alte Strecken abgebrochen, keine Neueinrichtung erstellt, bevor nicht einige große und kleine Kommissionen die Sache sachmännlich in Augenschein genommen hatten, die Kommissionen ließen sich dann im Kasino auf Kosten der Alfa fragal behelligen. Ungefähr so fragal, wie die Aktionäre damals in der Dividendenburg.

Trotz oder gerade wegen der vielen Kommissionen wurden in zahlreichen Feildispositionen Hunderttausende von Mark verrentalisiert. Da hatte man nach dem Vorschlag einer technischen Kommission im sogenannten Rostraum neue Kessel montiert, mit vielen Unkosten Transportbänder, neue Büten und Pressen angeschafft, die Holzböden abgerissen. Dafür bekam das Werk ein Gemwand aus soliden Mauersteinen. Die Schlosser und sonstigen Werkleute behaupteten, die Geschichte käme auf vierzigtausend

Im Wirtschaftsbericht wurde festgestellt, daß 1911 die Krise reiflos überwunden war und die Produktion sowie der Absatz das Rekordjahr 1907 übertrafen haben. Die damals im Profit fast erstickenden Chemiegewaltigen klagten aber über unbefriedigende Preise und beschwerten sich, daß bei der aufsteigenden Konjunktur die Arbeiter ihren Anteil am Gewinn forderten und ihre Forderungen durch Streiks durchzusetzen versuchten. Ganz wie heute! Ganz besonders regten sie sich über „die agitatorischen Behauptungen der Gewerkschaftsagitatoren“ auf, daß in der chemischen Industrie den Arbeitern besondere Gefahren drohen. Den Hinweis auf diese Gefahren können die Chemieherrn heute auch noch nicht vertragen. In den Jahresberichten der preußischen Gewerbemedizinalräte werden die besonderen Gefahren in der Chemie aber behördlich festgestellt und bestätigt. Wir empfehlen diese Veröffentlichungen den Chemieherrn zum eingehenden Studium.

Werb für deinen Verband!

Mehr als je ist die politische und soziale Reaktion tätig. Noch nie waren Arbeiterrechte und Arbeiterfreiheit so bedroht wie jetzt und noch nie der Zusammenschluß der Arbeiterschaft in den großen, leistungsfähigen freien Gewerkschaften so notwendig wie jetzt. Gegen den Ansturm der fanatisierten Gegner sind die freien Gewerkschaften der sicherste Schuhwall. **Werb für deine Organisation! Werb für sie unter deinen Mitarbeitern im Betriebe! Werb auch unter den Erwerbslosen! Denn auch sie können gegen einen ganz geringen Beitrag (10 Pf. je Woche) und ohne Eintrittsgeld Mitglieder unseres Verbandes werden.**

Der Verband gewährt ihnen: Beratung, Hilfe und Schutz in allen Angelegenheiten betr. Arbeitslosenversicherung und Fürsorge, der Sozialversicherung und der Arbeitsbeschaffung; Beteiligung an von den freien Gewerkschaften auch gemeinsam mit anderen Organisationen (z. B. Arbeiterwohlfahrt und Sozialdemokratische Partei) vorgesehenen Unterstützungsmassnahmen; Lieferung der Verbandszeitung („Proletarier“ oder „Keramischer Bund“).

Hilf mit, Kollege! Hilf mit, Kollegin! Beteilige dich am Ausbau des großen Damms gegen politischen und wirtschaftlichen Faschismus! Werb für deinen Verband und

führe ihm auch die Erwerbslosen zu!

Aus dem Bericht wird die Stellung der chemischen Industrie zu einem damals in Vorbereitung befindlichen preußischen Wassergesetz bekannt. Die Chemieindustriellen wandten sich in scharfer Sprache gegen den Gesetzentwurf und die preußische Regierung. Es wird aber schmunzelnd erwähnt, daß die preußische Regierung in wichtigen Punkten vor den Interessen der chemischen Industrie bereits zurückgewichen sei. Geheimrat Dr. Duisberg drohte im Jahre 1912, man solle der chemischen Industrie mit einem Reichswassergesetz vom Leibe bleiben, denn „wir schaffen große wirtschaftliche Werte und holen aus dem Auslande viel Geld ins Deutsche Reich, ohne irgend welche Art von Staatshilfe in Anspruch zu nehmen“. In dieser Beziehung hat sich die chemische Industrie gewandelt. Mit Hilfe des Wohlfahrtsstaats für die Kapitalisten läßt sie sich die Benzinproduktion und manches andere subventionieren.

Gesetze, die Belastungen bringen oder unbequem sind, dürften für die chemische Industrie nicht mehr zu erwarten sein, denn sie ist heute durch Herrn Warmbold, Vorstandsmitglied der I.-G. Farbenindustrie, an der Reichsregierung maßgebend beteiligt.

Doch nun zu den Ansichten der Chemieherrn über die gelbe Werkereinsbewegung, die heute in den Nazibetriebszellen ihre Auserkennung feiern soll. Dr. Goldschmidt (Essen) zeichnete ein Bild der industriellen Entwicklung seit dem

1870er Kriege, wonach die Unternehmer in den Großbetrieben im Orange der Zeit die väterliche Fühlung mit den Arbeitern verloren haben. Dieses machte sich ein Schwarm „eloquenten Streber“ (beredter Streber) und „gewerbsmäßiger Publizisten“ zunutze. Sie stürzten sich auf die den Unternehmern entfremdeten Arbeiter, um deren Unzufriedenheit zu schüren und sie in ihre Gefolgschaft zu bringen. Die Arbeiter wurden gegen die Arbeitgeber, die als ihre natürlichen Feinde hingestellt wurden, und gegen alles, was Autorität heißt, gegen Kaiser und Reich, Staat und Kirche, Verwaltung und Rechtsprechung, Besitz und Bildung, Vaterland und Vaterlandsfreunde, aufgehetzt. Die so aufgehetzten Massen wurden in mächtigen Verbänden organisiert, die gesetzlichen Freiheiten aufs gröslichste mißbraucht, um widerwillige Arbeitskollegen in ihre Reihen zu zwingen. Die Verbände hatten nach Ansicht Goldschmidts nur Streiks durchzuführen, um die Unternehmer zu schädigen und die Machtbasis der Gewerkschaftsführer zu erweitern.

(Schluß folgt.)

Nahrungsmittel-Industrie

So macht man in der Zuckerindustrie Sozialpolitik.

Wir sind es gewohnt, daß die Arbeitgeber sich abmühen, die Sozialversicherung möglichst in Mißkredit zu bringen. Jedes Mittel dazu ist ihnen recht. Namentlich wird immer damit operiert, daß die Industrie wegen der hohen Soziallasten nicht konkurrenzfähig sei. Am 9. Mai d. J. fand in Heidelberg die Generalversammlung der Süddeutschen Zuckerindustrie statt. Hier wurde auch über Ein-... von Arbeitskräften, Krankenkassenwesen und ähnliche Dinge gesprochen. Nach der Zeitschrift „Die deutsche Zucker-Industrie“ führte Herr Direktor Dr. Seeliger über die Ausnutzung der Krankenkassen durch die Versicherten folgendes aus:

„Ich kann da einen eklatanten Fall von der Krankenkasse usw. berichten, der unser Werk angeht. Diese hat uns geschrieben, daß sie im abgelaufenen Jahre 33 000 Mk. mehr verausgabte als eingenommen hat. Aus den Unterlagen, die sie uns überlassen hat, geht hervor, daß an eine Reihe von Arbeitern im Verlaufe eines Jahres mehr als 3000 Mk. an Krankengeld gezahlt wurde. In einem Falle betrug die Unterfertigung sogar 3712 Mk., was bei 300 Arbeitstagen über 12 Mk. täglich ausmacht. Der Mann hat überhaupt nicht gearbeitet, wozu auch, wenn er von der Kasse das selbe Geld erhält, das er durch Akkordarbeit verdienen müßte! Ein anderer Arbeiter, der nicht im Akkord schaffte, hat z. B. nur 1710 Mk. bekommen. Eine derart unflinige Handhabung muß natürlich das Elend herbeiführen, das unsere Wirtschaft bedrückt. Unsere Krankenkassen habe ich entsprechend aufgeklärt.“

Daß eine Krankenkasse mehr ausgibt, als sie einnimmt, das kann schon einmal vorkommen. Will man die Mehrausgabe von 33 000 Mk. richtig würdigen, dann muß man die gesamten Einnahmen und Ausgaben der betreffenden Kasse kennen. Den Namen dieser Kasse enthält der Bericht leider nicht. Eine Nachprüfung ist also nicht möglich. Aber darauf kommt es ja auch gar nicht an. Es kommt vielmehr darauf an, die Krankenkassenversicherung in Mißkredit zu bringen. Handelt es sich um eine große Ortskrankenkasse, dann können derartige Überschreitungen vorkommen. Anders verhält es sich nun aber mit dem, was Direktor Dr. Seeliger über die Ausgaben bzw. über die Unterfertigungsätze oder über das Krankengeld, was der einzelne erhielt, sagt.

Er behauptet, eine Reihe Kassenmitglieder hätte ein Krankengeld von über 3000 Mk. in einem Jahre erhalten. In einem Falle sollen sogar über 3700 Mk. ausgezahlt worden sein. Ein einfaches Rechenexempel zeigt, daß dieses unmöglich ist. Unterstellen wir einmal, daß diese Krankenkasse für ihre Mitglieder die Höchstleistungsdauer von einem Jahr und die Höchstleistungsätze von 75 Prozent hatte, was es 1931 noch gab, so kann nie ein Krankengeld von 12 Mk. täglich herauskommen, weil das der gesetzlichen Höchstleistung widerspräche. Abgesehen davon dürfte es kaum einen Arbeiter geben, der im vorigen Jahre, auch im Akkord, 15 Mk. je Tag verdient hat, das wäre aber Vorbedingung, wenn er, abgesehen von der gesetzlichen Höchstgrenze, 12 Mk. Krankengeld täglich erhalten sollte. Und nun zieht Dr. Seeliger aus seinen Ausführungen den Schluß, daß der Mann überhaupt nicht gearbeitet hat, weil er von der Krankenkasse das selbe erhielt, was er im

Mark. Zwei Monate später wurde die Herstellung sämtlicher Baustoffen in ein anderes Werk verlegt. Der neuergerichtete Betrieb stand still. Ähnlich war es in vielen anderen Fällen.

Die Arbeiter sahen das, hörten und horchten. „Wenn man sieht, wie da gewirtschaftet wird“, sagten sie, „stißt einen der Zorn. Das Geld wird grad zum Fenster hinausgeworfen. Man sollte es nicht für möglich halten, wie da aneinander vorbeigearbeitet wird. Freilich, — aus uns wird es wieder herausgeschunden.“ Sie hatten recht. Einfach lächerliche Methoden mußte die Arbeiterschaft über sich ergehen lassen. Um jeden Pfennig Akkord, Staubvergütung, Prämien usw. mußte gekämpft werden. War irgendeine Vergütung oder ein sonstiger Vorteil nicht tariflich geregelt, nörgelte man sie den Leuten weg.

Beim Befestigen und Reinigen eines Druckkessels gab es eine kleine Vergütung. Aber nur für die Zeit des effektiven Einsteigens bis zum Verlassen des Kessels. Ein Arbeiter hatte nur irrflüchtigerweise auch die Zeit für die Vorbereitung aufschreiben lassen. Herr Sanftstel kam dahinter. Am nächsten Lohnstag erhielt der Mann den zuviel erhaltenen Betrag wieder abgezogen, und zwar die horrenden Summe von elf Pfennig. Kam jemand eine Minute zu spät an die Arbeit, verlor er eine Viertelstunde Lohn. Abends durfte er ruhig länger arbeiten, manchmal mußten es die Leute auch ohne irgendeine Vergütung.

„Die sind hinter dem Pfennig wie der Teufel hinter der armen Seele“, sagten die Arbeiter gar oft geringschätzig zueinander. Oder sie lachten über die schändlichen Kleinigkeiten, mit denen sie drangsalieren wurden. Hätte die Öffentlichkeit manchmal davon erfahren, die Achtung vor einer Weltfirma, die auf der einen Seite mit Millionen operiert und auf der andern mit ihren Arbeitern um Pfennige zettelt, wäre um ein paar Grade tiefer gesunken. Vielleicht wäre einem Teil des Bürgertums auch ein Licht aufgegangen, und es hätte mit Schaudern erkannt, wie die Zusammenballung von Kapital den Menschen seiner primitivsten Lebensrechte beraubt und welche ungeheure Gefahr solche Kapitalmacht für die menschliche Gesellschaft darstellt.

Einige Tage später hieß es wieder, die Entlassungen seien zurückgekehrt. Es käme erst eine ganz große Kommission, dann erst viele die Entscheidung. In der Tat schien der Zeitpunkt bereits festgelegt, wann diese ganz große Kommission eintreffen sollte. In der ganzen Fabrik begann ein Puzen, Kratzen, Wischen und Generalausräumen, wie nie zuvor. Jeder Pfosten, Eisenträger, alle Büten, Kessel und Rohrleitungen, Fenster, Türen, Treppen, kurz alles wurde mit Akkord überarbeitet, damit man den Rest nicht im

und den Schmutz. Es war genau wie vor einer Truppenbesichtigung. Mehrere tausend Kilogramm Farbe wurden verkleckst. Der kleine Pascha durchstörte jeden Winkel. Je näher der Tag kam, desto verrückter, dümmer und koffipieliger wurde die Puzerei. Die Arbeiter lachten, schüttelten die Köpfe und puzten weiter, duzendmal mußten die Straßen gekehrt werden.

„Wie beim Kommis, genau wie beim Kommis“, hieß es im Badhaus. Einer erzählte, vor dem Schwefelraum hätten sie das Pflaster mit Salzsäure schrubbten müssen. Das ist noch gar nichts, sagte ein anderer. Im Salzhäus wurde ein Haufen Pflastersteine mit Schlacken überdeckt und eben gemalzt. War mindestens für zweihundert Mark. Die haben Angst, ergänzte ein dritter, die Steine könnten als Wurfgeschosse Verwendung finden.

Ein Ausläufer behauptete, die ganze Puzerei käme auf mehr als zwanzigtausend Mark. Alle Gespräche, morgens, mittags und abends, auf dem Weg von und zu der Arbeit, konzentrierten sich auf die ganz große Kommission.

Dann kam sie, ging durch einige saubere Fabrikstraßen, beileibe nicht nach Nr. 23, in die Blaumühle oder den Schwefelraum. Nach einer halben Stunde war der ganze Spuk zu Ende. Etwas länger dauerte die Besichtigung im Kasino.

„Habt ihr sie gesehen, die Schwellköpfe“, tuschelten die Arbeiter in der Mittagspause miteinander. „Das sind die, welche uns das Brot wegnehmen!“

Andern Tages machten alle besorgte Gesichter. Alle warteten mit Spannung auf das Ergebnis der Kontrolle. Die wildesten Gerüchte waren im Umlauf. Jeder Arbeiter, ja sogar jeder Vorarbeiter und Meister, fühlte das Damoklesschwert der Entlassung über sich schweben. Jeder strengte sich an, holte das Letzte aus sich heraus, wollte nicht entlassen werden. Die Anstreiber überboten sich in neuen Antriebsmethoden. Jeder wollte beweisen, daß er für die Alfa unentbehrlich sei. „Das ist der Kampf ums eigene Ich“, erklärte ein besonders auf sich selbst bedachter Akkordwüterich auf der Versammlung. So schien in allen Werken, besonders auf den Büros und erst recht bei den leitenden Persönlichkeiten, der Kampf um eigene Ich das Leitmotiv aller Handlungen zu sein. Leute, die sich noch etwas Verarmt bewahrt hatten und in das täglich bürokratischer werdende Getriebe der Alfa etwas tiefer blicken konnten, sagten oft: Das tut mein Lebtage nicht gut. Keiner trank dem andern, verdrängt ihn, wenn er kann. Das geht so lange, wie ein genialer Kopf die Hand über die Sache hält, was dann wird, wissen die Götter.

(Fortsetzung folgt.)

Ulkord verdient hätte. Das ist, gelinde gesagt, Unsinn. Es kann niemand Krankengeld in der Höhe seines verdienten Lohnes erhalten. Die Höchstleistungsgrenze war 1931 75 Prozent; heute ist sie 50 Prozent. Aber darauf kommt es nicht an. Es kommt vielmehr darauf an, Stimmung gegen die Krankenkassen zu machen, und man glaubt, sich dabei jede Übertreibung leisten zu können.

Es ist denkbar, daß Krankenkassen in Ausnahmefällen für ihre Mitglieder im Jahre die Summe aufwenden müssen, die Herr Dr. Seeliger angibt. Dann handelt es sich aber nicht um Krankengeld oder um Unterstützung. Es handelt sich dann um äußerst schwere Erkrankungsfälle, bei denen die Krankenkasse die Kosten für Heilanstalten usw. übernimmt. Es kann sich auch noch um Erkrankungen von Familienmitgliedern usw. handeln. Liegen die Dinge aber so, dann kann man nicht von Krankengeld und von Unterstützung sprechen. Es handelt sich dann um schwerwiegende Fälle, bei denen die Krankenkasse das Risiko trägt. Schließlich ist es ja auch Aufgabe einer Krankenkasse, den Kranken zu helfen. Diesen bedauernswerten Menschen aber zu unterstellen, sie arbeiteten nicht, weil sie sich besser ständen, wenn sie krank sind, ist einfach unerhört. Wir müssen gegen eine derartige Verunglimpfung von Krankenkassenmitgliedern, speziell aber unserer Kollegen in der Zuckerindustrie, ganz energisch protestieren. Die ganze Geschichte ist aber erst dann verständlich, wenn man weiß, was in der Süddeutschen Zuckerindustrie vor sich geht.

Die Direktion der Süddeutschen Zuckerindustrie bemüht sich, für ihre sämtlichen Betriebe eine einheitliche Betriebskrankenkasse zu schaffen. Die Arbeiterschaft dieser Betriebe

ist fast einmütig dagegen. Es gilt nun, bei dem Betriebsleiter und den Direktoren Stimmung für diese Betriebskrankenkasse zu machen. Das glaubt man am besten so tun zu können, wie Herr Dr. Seeliger es hier macht. Wir richten an unsere Kollegen in der Süddeutschen Zuckerindustrie die dringende Mahnung, sich durch derartige Manöver von ihrem richtigen Wege nicht abbringen zu lassen.

Das uns zur Verfügung stehende Material aus der Süddeutschen Zuckerindustrie zeigt, daß 1931 in den Krankenkassen kein einziger Fall besteht, in dem auch nur annähernd die Unterstützungssumme von 3000 Mk. erreicht wurde. In einigen Ausnahmefällen wird die Hälfte dieser Summe erreicht und in einzelnen Fällen überschritten. Wir nehmen an, daß dieses Material Herrn Dr. Seeliger auch bekannt ist. Dazu kommt aber noch, daß die Betriebe der Süddeutschen Zuckerindustrie einen hohen Krankenstand haben. Das ist darauf zurückzuführen, daß, wie uns berichtet wird, die menschliche Arbeitskraft infolge Technisierung der Betriebe und Anpassung des Menschen an die Maschine stark ausgenutzt wird.

Die Art der Arbeit in der Zuckerindustrie, große Rasse, große Hitze, abwechselnd zum Teil mit Zugluft usw., trägt weiter dazu bei, daß die Krankenzahl erheblich hoch ist. Bevor man also dazu übergeht, die sozialen Einrichtungen herabzumindern, sollte man danach trachten, mustergültige Arbeitsstätten in den Betrieben zu schaffen. Dadurch wird die Krankenzahl herabgemindert, und die Krankenkassen werden dadurch entlastet. Uns scheint, Herr Dir. Dr. Seeliger hat hier ein sehr dankbares Arbeitsfeld, und er findet dabei die volle Unterstützung seiner Arbeiter. E. Senkfeil.

Geldbriefträger empfangen, oft selbst in Not, hat unser Karg immer ein freundliches und werbendes Wort für seine „Kundschaft“. Mancher Dankemüde dankt es dem Kollegen Karg, daß er heute noch Verbandsmitglied ist. Trotzdem er heute selbst Invalide ist, versteht er seinen Posten mit gewohnter Pünktlichkeit, und nichts ist ihm zuviel. Deshalb wurde er an seinem Ehrentag auch entsprechend geehrt. Prunkvoll war die Feier, der Zeit entsprechend, nicht, aber um so herzlicher. Am Vorabend brachte die Musikgruppe der Nürnberg-Fürther Fabrikarbeiterjugend vor seiner Wohnung ein Ständchen. Am Ehrentag selbst hielt die Nürnberger Ortsverwaltung eine Sitzung ab, in der der Jubilar durch Blumen und sonstige Angebinde überrascht wurde. In herzlichen Worten dankte der Jubilar dem Jubilar für seine Ausdauer und Treue und bat um seine weitere Mitarbeit. Und morgen steigt unser Jubilar wieder treppauf und treppab, in seiner ihm lieb gewordenen Tätigkeit den Alten ein treuer Freund und der Jugend ein nachahmenswertes Vorbild.

Varel i. Old. Her m. Jürgens f. Am 15. August verschied unerwartet unser lieber Kollege und zweiter Bevollmächtigter Hermann Jürgens. Seit vielen Jahren war Kollege Jürgens in der vorerften Linie der Arbeiterbewegung tätig. Sein plötzlicher Tod bedeutet einen schweren Verlust für die Varelener Arbeiterschaft und insbesondere eine Lücke in den Reihen der Fabrikarbeiter. Acht Jahre war er ehrenamtlich mit größtem Fleiß und vorbildlicher Gewissenhaftigkeit als zweiter Bevollmächtigter tätig. Nun ist er, einer unserer besten Kämpfer, im 49. Lebensjahr dahingeshieden. Wir werden sein Andenken am besten bewahren, wenn sein Glaube an unsere völkerbefreiende Idee von uns vorwärtsgetragen wird, und wenn wir in seinem Geiste im Interesse der Arbeiterschaft weiterwirken. Ehre seinem Andenken!

Verbandsbeirats- und Jubiläums-Tagung in Holland.

Die Niederländische Fabrikarbeiter-Vereinigung hielt vom 29. bis 31. Juli die 21. Tagung ihres Verbandsbeirats ab. Der Beirat ersetzt bei der holländischen Organisation in stärkerem Maße den Verbandstag als bei uns. Die Ansichten darüber sind natürlich sehr geteilt. Auf der Tagung war infolgedessen der Antrag, einen Verbandstag abzuhalten, gestellt und stark umstritten. Es war wohl der einzige Punkt, der eine über das sonst sehr ruhige Maß hinausgehende lebhafte Aussprache hervorrief. Der Beirat beschloß aber, die Verbandsleitung wie bisher durch den Beirat vollziehen zu lassen. 1933 soll aber ein außerordentlicher Verbandstag abgehalten werden.

Die Tagung fand im Zoologischen Garten Amsterdams statt. Damit verbunden feierte unser Bruderverband das Fest des 25jährigen Bestehens. Zahlreiche Gäste, die Vertreter der holländischen Arbeiterbewegung, sowohl der Partei wie der Gewerkschaften, und der Internationale waren erschienen. Mehr als 30 Blumenkörbe als Geschenk der holländischen Organisation und zwei schöne Vasen mit Blumen, gestiftet von dem Fabrikarbeiter-Verband Schwedens und dem Chemiearbeiter-Verband Norwegens, bewiesen Solidarität und Anerkennung für die holländische Organisation. Die niederländische Gärtnerkunst weitete in den prächtigen Blumenangebinden.

Es wurden recht viele Ansprachen gehalten. Der Gewerkschaftsbund begann; ihm folgten die Partei, die Presse, die Jugendlichen des Verbandes, die auch eine keramische Schale als Jubiläumsgeschenk überreichten. Ansprachen des Vorsitzenden der Internationale, Kollegen August Brey, der Landarbeiter, des Personals, der Norweger, der Tschechen folgten. Aus der Aussprache Nádvozníks ging hervor, daß der tschechische Verband in Prag durch den Anschluß an die Moskauer Internationale von 80 000 auf 10 000 Mitglieder heruntergewirtschaftet worden ist. — Ein sehr schönes Angebinde erhielt der Verband von seiner Jugend, nämlich einen Entwurf zu einem Bleiglasfenster, das in dem zu erwerbenden neuen Hause eingesetzt werden soll. Der dänische Arbeitsmandatsrat stiftete eine Standuhr und erntete damit den Dank des Empfängers und den Beifall der ganzen Festversammlung. Es folgten Ansprachen des deutschen Fabrikarbeiter-Verbandes in Aussig, der Abteilung Getränkearbeiter des holländischen Verbandes, des Kollegen F. Assin aus Belgien, der holländischen Zigarrenarbeiter, des Leiters der Arbeiter-Radiovereinigung und des Bildungssekretärs.

Unser holländischer Bruderverband hat eine recht erfreuliche Entwicklung genommen, die auch bis heute angehalten hat. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1929 20 006, am 1. Januar 1930 25 033, am 1. Januar 1931 26 003, am 1. Januar 1932 30 709, am 1. Mai 1932 31 546. Mit dieser Mitgliederzahl ist der Fabrikarbeiter-Verband die viertgrößte Organisation in Holland. Über ihm stehen zahlenmäßig die Metallarbeiter, die Transportarbeiter und die Bauarbeiter. In seinen Einküften steht der Verband an 17. Stelle von 27 Gewerkschaften, im Kassenbestand an 14. Stelle.

Auf der Beirats-tagung waren 31 500 Mitglieder durch 65 Delegierte und Funktionäre vertreten. Der Beirat setzt sich aus 37 Vertretern aus den Zahlstellen, 14 Distriktvertretern, 9 besoldeten Hauptvorstandsmitgliedern und 5 Beamten zusammen. Neben dem Vorsitzenden des holländischen Gewerkschaftsbundes nahmen 13 Vertreter der internationalen Fabrikarbeiter-Verbände am Beirat teil, um die Verbundenheit der Fabrikarbeiter aller Länder zu bekunden. Das brachten die Kollegen Brey für die Internationale, Thiemitz für den deutschen Fabrikarbeiter-Verband und Lindahl für die skandinavischen Verbände sowie Alvida Andersen für die dänische Frauenorganisation in ihren Begrüßungsansprachen zum Ausdruck.

Der allgemeine Eindruck von der Tagung ist der größerer Ruhe und Zurückhaltung bei den Verhandlungen. Das ist zum Teil auf die kleinere Zahl des Verbandsbeirats, zum anderen auf das ruhige Naturell der Niederländer zurückzuführen.

Die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden enthält einen großen Teil des Geschäftsberichts, so daß bei den eigentlichen Verhandlungen Referate nicht gehalten wurden. Ein in Aussicht genommener Vortrag über Wirtschaftsdemokratie wurde wegen vorgeschrittener Zeit vertagt.

Der schauische Bericht gab die Grundlage der Ansprache, die in aller Ruhe vor sich ging. Fast alle Debattierender sprachen nur wenige Minuten. Bei den Ansprachen wird meist der Vorsitzende zugehört und beinahe alle Redner schließen ihre Ansprache mit einem Dank an ihn. Von Vorstandssprache am ersten Tage ist der Pfennigmeister (Kassierer), der sicher, wie auch seine deutschen Kollegen, jetzt sehr viel Sorgen hat, wenn es dem holländischen Verband auch finanziell noch verhältnismäßig gut geht. Immerhin hat auch Holland die Weltwirtschaftskrise zu spüren bekommen; 9000 Mitglieder, das sind 30% Prozent, unserer holländischen Kollegen sind arbeitslos. Gegen März ist eine Abnahme um 2 Prozent zu verzeichnen. Holland hat keine staatliche Arbeitslosenversicherung und -unterstützung wie Deutschland. Jeder Verband hat eine Arbeits-

losenkasse, zu der der Staat und die Gemeinden einen Zuschuß von 300 Prozent zahlen. Infolge der großen Arbeitslosigkeit werden an die Arbeitslosenstellen jetzt ungeheure Anforderungen gestellt. Jedes Mitglied zahlt wöchentlich etwa 40 Pfennig (in deutsche Währung umgerechnet) in die Arbeitslosenkasse. Mit staatlichem und gemeindlichem Zuschuß ist die Einnahme je Woche 1,60 Mk. Aus den Beiträgen der Mitglieder gingen im ersten Halbjahr 1932 295 000 Mk. ein. Der Zuschuß aus öffentlichen Mitteln betrug 887 500 Mk., einschließlich des Kassenbestandes vom Jahre 1931, 113 000 Mk., also eine Einnahme von 1 297 000 Mk. In dieser Zeit wurden 1 247 000 Mk. an Unterstützung ausgegeben, so daß nur noch ein Bestand von 50 000 Mk. übrig bleibt. Alle Anträge auf Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung mußten infolgedessen in Fortfall kommen.

Der große Streik im vergangenen Jahre hat finanziell eine starke Belastung des Verbandes hervorgerufen.

Einige Anträge auf Erhöhung der Beiträge wurden zurückgestellt und dem außerordentlichen Verbandstag überwiesen. Der Hauptvorstand bekam Vollmacht, ein neues Bürohaus zu erwerben, weil in dem jetzigen beschränkten Raum die notwendigen Verbandsarbeiten nicht in der erforderlichen Weise erledigt werden können.

Um den ausländischen Gästen auch etwas zu zeigen, was es in ihrer Heimat nicht zu sehen gibt, veranstalteten die Holländer einen Autoausflug nach dem Züidersee und dessen trocken-zulegendem westlichen Teil. Der interessanteste, staunenerweckende Anblick war der große Damm, der den Züidersee an seiner schmalsten Stelle von der Nordsee trennt. 30 Kilometer ist dieser Damm lang; am Wasserspiegel ist er noch 90 Meter breit und hat auf seiner Krone einen Schutzwall gegen Sturmflut, daneben Eisenbahn, betonierten Fuß- und Fahrradweg und eine große Autostraße. Der Durchlaß des Wassers aus dem noch verbleibenden Rest des Züidersee mit seinem Abfluß des nördlichen Rheinarmes in die Nordsee findet durch 25 große Tore statt, die nach Belieben geöffnet und geschlossen werden können. Der Schiffsverkehr wird durch 3 Schleusen geleitet, die aber nicht besonders groß sind, weil die großen Ozeandampfer nicht durch den Züidersee, sondern durch den Kanal in die Nordsee geleitet werden. Der Damm ist in seinen Grundlagen fertig. Zu Fuß und mit dem Rade kann man schon von einem Ufer zum anderen kommen, die Fahrstraße ist noch nicht fertig, auch die Eisenbahnschienen sind noch nicht gelegt.

Südlich von der bisherigen Insel Wieringen ist ein großes Stück See schon trockengelegt. Wieringen ist auf diese Weise mit dem Festlande verbunden. 21 700 Hektar Land sind auf diese Weise bereits gewonnen worden, weitere 190 000 Hektar sollen noch gewonnen werden. Der Boden besteht größtenteils aus Klei (fester grauer Boden). Im nördlichen Teil aus Sand. Das meiste gewonnene Land muß erst noch etwas verwittern und durch Umackern und Regen entsalzt werden. Mit Hafer-, Roggen- und auch Weizenanbau wird stellenweise schon begonnen. Auf diesem Gebiet sieht man neuentstandene Bauernhäuser mit großen Scheunen, auch schon ein ganz neues geschaffenes Dorf, enthaltend 102 Wohnungen, drei Kirchen, eine Gastwirtschaft, eine Turnhalle. Die drei Kirchen für die doch immerhin noch recht kleine Gemeinde erklären sich aus den drei Staatsreligionen, die man in Holland hat. Die besitzende Klasse läßt Sturm gegen diese vom Reich eingeleitete Reichsgründung und Verwaltung von Land, Häusern und Dörfern, sie will alles in die private Verwaltung übergeführt wissen.

Uns schien diese unblutige Art, mehr Land zu gewinnen und der Kultur zu erschließen, nicht nur humaner, sondern auch erfolgreicher zu sein als der Versuch, durch einen Krieg neues Land für ein „Volk ohne Raum“ zu gewinnen.

Deshalb danken wir unseren holländischen Kollegen für die uns gebotene Gelegenheit, ein solches Kulturwerk zu besichtigen und wünschen, daß es Nachahmung finden möge.

Berichte aus den Zahlstellen.

Gräfenroda. In der Glasfabrik Wilhelmshütte, G. m. b. H., Gräfenroda sind Lohnunterschieden schwerer Art entstanden. Die Kollegen am Frauenofen sind in den Abwehrkampf getreten. Wir ersuchen daher unsere Kollegen in der Glasbranche, Arbeitsangebote nach Gräfenroda zu unterlassen.

Nürnberg. Vorbildliche Treue. Ein seltenes Jubiläum konnte unser Freund und Mitarbeiter Georg Karg am 11. August feiern. In diesem Tage waren es 25 Jahre her, seit er von der Zahlstelle Nürnberg zum Einkassierer bestimmt wurde. Seitdem hat Kollege Karg dies schwere und verantwortungsvolle Amt ununterbrochen lang ehrenamtlich ausgeübt. Ein Vierteljahrhundert lang hat er sich selbst in unserer an Opfern reichem Gewerkschaftsbewegung selbst sein dürfte. Woche für Woche treppauf und treppab, von den Mitgliedern nicht immer so fremdlich wie der

Mundschau.

„Süßer, kleiner Mörder!“

Deutschland, erwache! Du verschläfst sonst deine Erneuerung durch das Hakenkreuz. Da hat der 23jährige Nationalsozialist Thomas aus Beuthen, „S.N.“-Mann natürlich, den Kaufmann Walter aus Dels in dessen Auto bestialisch ermordet und hinterher beraubt. Und das Bräutchen des „S.N.“-Mannes hat ihm nachher einen Brief geschrieben, der mit den Worten schließt: „Auf Wiedersehen, mein süßer, kleiner Mörder!“

Deutschland, erwache! Du verschläfst sonst raue Kämpfer, sittliche Erneuerer und süße, kleine Hakenkreuzmörder!

Diese Notiz stand am 14. November 1931 in unserer Langenbielauer Parteizeitung „Der Proletarier“. Wir haben dem kein Wort hinzuzufügen!

Nationalsozialistische Arbeitervertreter im Reichstag.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Reichstagswahl sind von der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter“-Partei folgende Agrarier und Offiziere in den Reichstag gewählt worden:

- Heinrich von Sybel, Landwirt, Berlin,
 - Ernst Graf zu Reventlow, Potsdam,
 - Hermann Göring, Hauptmann a. D., Berlin,
 - Alexander Freiherr von Wangenheim, Landwirt, Offizier a. D., Berlin,
 - Siegfried Seidel-Dittmarich, Major a. D., Berlin,
 - Walter von Corswant, Rittergutsbesitzer, Cuxow b. Jarmen,
 - Andreas von Flossow, Landwirt, Döppeln,
 - Wilhelm Friedrich Looper, Hauptmann a. D., Dessau,
 - Hans von Tschammer-Osten, Landwirt, Dessau,
 - Konrad Schragmüller, Rittergutsbesitzer, Schönberg, Kr. Oesterburg,
 - Kurt von Ulrich, Oberleutnant a. D., Kassel,
 - Kuno Freiherr von Elz-Rübenach, Landwirt, Wahn,
 - Franz Ritter von Epp, Generalleutnant a. D., München,
 - Manfred von Killinger, Kapitänleutnant a. D.,
 - Nietrich von Jagow, Oberleutnant zur See, Eßlingen a. N.,
 - August Schneidhuber, Major a. D., Koblenz,
 - Walter von Lingelsheim, Landwirt, Feldberg i. Meckl.,
 - Konstantin Hiel, Oberst a. D., München,
 - Walter Buch, Major a. D., Soltn,
 - Ludwig Münchmeyer, Pfarrer a. D., Düsseldorf.
- Wir fürchten, daß diese „Arbeiter“ die Interessen der Arbeiterschaft mehr treten als vertreten werden.

Verbandsnachrichten.

Gestohlenes Mitgliedsbuch.

Dem Kollegen Fritz Kiefer, Mitgliedsnummer 1 022 421 wurde in der Herberge zu Heidelberg das Mitgliedsbuch gestohlen. Es muß zurückbehalten und an den Hauptvorstand eingekandt werden, wenn es von Unberechtigten vorgezeigt wird. Das gleiche gilt für das Mitgliedsbuch des Kollegen Walter Hemitz, das die Nr. II 823 184 trägt. Unterstützungen dürfen auf diese Bücher nicht ausgezahlt werden.

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Stolp: Heinrich Kruggel, Buch-Nr. 1 047 434.

Literarisches.

Eola Dr., Gerhard, Privatdozent in Kiel: „Der Mensch im wirtschaftlichen Kreislauf.“ Ein Vortrag. (Redt und Staat 1930. 25 S. Quart. 1,80 Mk., in der Subskription 1,50 Mk. Verlag: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen. Der Vortrag behandelt die wirtschaftlichen und sozialen Faktoren, die für die Stellung des Menschen im modernen Kapitalismus bestimmend sind. In leichtfaßlicher und einprägsamer Weise schildert der Verfasser an Hand eines Schemas den Kreislauf der Wirtschaft in seinen Grundzusammenhängen.

Edswar: „Fünftjahresplan und Sozialpolitik.“ Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, Infelstraße 6a. Einzelpreis 20 Pf., von 50 Stück an 15 Pf., von 100 Stück an 14 Pf. Die kleine Schrift führt unmittelbar ein in die eigentliche Problematik der neuesten Entwicklung der Sozialdemokratie und vermittelt zugleich reichhaltiges Lektürematerial zum näheren Studium der sozialen Probleme des neuen Anlaufes. Sie ist eine sachliche sozialistische Kritik, die jede polemische Schärfe vermeidet.

Bauer, Siebel, Wöhner, Zeitschrift für soziale Bau- und Wohnungswirtschaft (Verlagsgesellschaft des ADGB), Berlin S 14, Wallstr. 63. Seit 16 enthält interessante Vorschläge über die Zweckmäßigkeit der Umwandlung unproduktiver Wohnflächenunterstützungen in produktive Wandarbeiten.

Mittelungsblatt — Mittl. A.G. Berlin — für den Bezirk des Landesarbeitsgerichts Berlin und der Arbeitsgerichte Berlin, Brandenburg (Gabel), Gerswalde, Cadenberge, Reruppin, Potsdam, Prenzlau, Prignitz, Ralswiek, Wittichenberge. Herausgegeben von Landesgerichtsdirektor Ernst Ruhn. Jahrgang III Nr. 1929. Erstes und zweites Heft 1932. Anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Landesarbeitsgerichts Berlin haben Verlag und Redaktion des „Mittelungsblatts“ für den Bezirk des Landesarbeitsgerichts Berlin — (Verlag von Georg Siebel, Berlin) das erste und zweite Heft als Sonderheft erscheinen lassen. Mitarbeiter der verschiedenen Kreise, die immer in bestem Einvernehmen bemüht waren, ein einheitliches Arbeitsrecht herauszuarbeiten, haben Beiträge zur Verfügung gestellt.

Werbearbeit für deine Organisation ist die lohnendste Arbeit!